

SPERRE

A close-up photograph of a woman's face. She has dark hair and is looking upwards and to the left. Her lips are held together by four silver paper clips, symbolizing silence or censorship. The background is a plain, light color.

Münsters Monatsmagazin für Arbeit, Soziales & Kultur
Maikäfer / Junimond 2007

Verordnetes

Münstersche Zeitung
Bürgerfunk
Sperre

SCHWEIGEN

Liebe Leserin, lieber Leser!



Lange gab es nichts mehr von uns zu lesen. Und das nicht ohne Grund. Zwar war für Anfang des Jahres eine Ausgabe zum Thema Verwahrlosung und Schönheit geplant, aber diese konnte aufgrund akuten Geldmangels nicht erscheinen. Denn uns wurde mitgeteilt, dass die SPERRE von Kürzungen seitens der Stadt bedroht sei. Ohne das Wissen, ob wir die nächste Ausgabe auch drucken können, natürlich keine SPERRE.

Nun, liebe Leser/innen, ihr habt Glück... Uns werden zwar Gelder gekürzt und unsere Existenz ist weiterhin arg(e) gefährdet, aber ihr haltet doch eine neue Ausgabe in der Hand.

Diese beschäftigt sich nun folgerichtig mit dem Thema Kürzungen im Medienbereich. Unter dem Titel „SPERRE vor dem Aus“ zeichnet Norbert Attermeyer die Geschichte der SPERRE von ihren Anfängen bis zu ihrem nun drohenden Ende nach. Aber wir berichten nicht nur in eigener Sache: Sei es die Redaktion der Münsterschen Zeitung, die mal eben komplett vom Dienst freigestellt wurde, oder sei es der Bürgerfunk, dem Sendezeit gestrichen worden ist, Münsters Medienlandschaft, so scheint es, blickt dunklen Zeiten entgegen. Dabei sind vor allem jene Pflänzchen innerhalb des lokalen Medienbiotops betroffen, die sich der alternativen Berichterstattung verschrieben haben.

Im Falle der Münsterschen Zeitung, die als Grund für die radikale Personalpolitik zu hören bekam, dass eine dringend anstehende Modernisierung des Unternehmens notwendig sei, drängt sich die Frage auf, ob nicht vielmehr „Wirtschaftlichkeit“ im Vordergrund dieser

Massenfreistellung stand. Billiger heißt jedoch nicht immer besser. Aus Solidarität mit den betroffenen Kollegen der MZ organisierte Rainer Bode, Geschäftsführer vom cuba, am 13. Februar eine MZ-Soli-Party (mehr dazu und zu anderen Veranstaltungen unter www.mz-solidaritaet.de). Zahlreiche Musiker erklärten sich bereit im Heaven zu spielen, darunter Götz Alsmann, Steffi Stephan, Cuba Allstars, Matt Walsh, 6-Zylinder u.v.m. (siehe auch Fotos S.22). Im Beisein von Rainer Bode, Frank Biermann (dju) und einigen Kollegen der MZ wurden am 6. März in den Räumlichkeiten der SPERRE die Erlöse schwesterlich an die „draußen!“ und an die SPERRE verteilt. **Vielen Dank** an dieser Stelle.

Es wird aber nicht nur gekürzt, sondern auch beschnitten. Anlässlich des internationalen Tages der Pressefreiheit am 3. Mai berichten wir über die immer noch in vielen Teilen der Welt stattfindende Beschneidung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung.

In den unendlichen Weiten des Universums der Informationsbeschaffung bietet auch das Internet ungeahnte Formen der Datenakquise, wie im Artikel „Big Brother is hacking you“ nachzulesen ist. Alles zum Wohle der Gemeinschaft im Kampf gegen den Terror, versteht sich.

Apropos Kampf: Versteht diese SPERRE als Aufruf des Widerstandes gegen den Versuch benachteiligte Gruppen oder jene, die sich für ihre Belange einsetzen, zum Schweigen zu bringen.

Wir, das Team der SPERRE, werden dafür kämpfen, weiterhin erscheinen zu können.

Grabowski

Maike Grabowski



- Seite 4 **ZUM LEBEN ZU WENIG**
Urlaub und Arbeitslosengeld
Arbeitssuche im Ausland
Fehlende Arbeitsbereitschaft
- Seite 6 **ALLES WAS RECHT IST**
Urteile
Anwalttipp
- Seite 8 **MÜNSTERSCHE ZEITUNG**
Schmerzensgeld für MZ-Redakteure
Ansprache auf der Soli-Party
- Seite 11 **BÜRGERFUNK**
Dabeisein ist alles!
- Seite 12 **BIG BROTHER**
... is hacking you
- Seite 14 **AMOK**
Ein kleiner Einblick
- Seite 15 **AUF KULT-TOUR**
Die feine Art des Saufens – eine Rezension
- Seite 16 **SPERRE INTERN**
Vor dem Aus
- Seite 18 **MEINUNGSFREIHEIT**
Wo die Meinung keine Freiheit hat
- Seite 19 **KINDERARMUT**
- Seite 21 **FRAUEN**
Frauen und Mädchen mit Behinderungen
Frauenbilder
- Seite 22 **AUFGEMISCHT**
Nachbereitungen, Vorbereitungen

IMPRESSUM

Herausgeber:
abm.e.V. (Arbeitslose brauchen Medien)
Achtermannstr. 7, 48143 Münster

Telefon: (0251) 511121
E-Mail: sperre@muenster.de

Internet: www.muenster.org/sperre

Redaktion:
Norbert Attermeyer (noa)
Christiane Bauks (cb)
Lars Brühmann (lb)
Claudia Dana Csiszér (cc – v.i.S.d.P.)
Maike Grabowski (mg)
Arnold Voskamp (avo)

Mitarbeit / Gastarbeit:
Wilhelm Achelpöhler, Frank Biermann,
Stefan Clauser, Sylva Klein, Anne Neugebauer

Layout, Satz, Titelbild:
Stefan Reißmann

Fotografische Mitarbeit:
Karsten Fiener, Mojgan Poor Hosseini

Anzeigen/Spenden:
Maria Hamers, Ulrich Wieners
Bankverbindung/Spendenkonto:
Sparkasse Münsterland Ost
BLZ 400 501 50, Kto. 4011797

Druck:
Erdnuß-Druck, Sendenhorst

Auflage: 6.000
Bezug: per Versand zum Selbstkostenpreis / als Förderabonnement
Verteilung: Kostenfrei an Auslagestellen im Innenstadtdistrict Münsters (neue InteressentInnen wenden sich bitte an den Herausgeber).

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch auszugsweiser Nachdruck, bedarf der Genehmigung.
Leserbriefe an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Anonyme Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das Recht, zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe (Sommer 2007)
Redaktionsschluss: 15. Juni 2007
Anzeigenschluss: 20. Juni 2007



Das **Arbeitslosenzentrum** wird aus Mitteln des Landes NRW und der EU gefördert. Die im **Magazin** getroffenen Aussagen geben nicht notwendigerweise die Meinung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen wieder.

Urlaub und Arbeitslosengeld

Wer arbeitet, hat Anspruch auf mindestens vier Wochen bezahlten Urlaub, so sagt das Bundesurlaubsgesetz. Das gilt übrigens auch für geringfügig Beschäftigte, auch wenn das gern vergessen wird. Arbeitslose dagegen dürfen nicht wegfahren, sie müssen ständig für das Arbeitsamt erreichbar sein. Eigentlich.

Jedoch: Es gibt eine Erreichbarkeitsanordnung für Arbeitslose, und diese kennt Ausnahmen: Das Arbeitsamt kann Arbeitslose für drei Wochen im Kalenderjahr auch dann für verfügbar halten, wenn sie in Urlaub fahren und sich vorher die Erlaubnis des Arbeitsamtes eingeholt haben. Wer erst weniger als drei Monate arbeitslos ist, muss besonders begründen, warum er oder sie wegfahren will. Das kann z.B. der gemeinsame Familienurlaub sein, der sonst nicht möglich wäre. Oder die Urlaubsreise war schon lange vor der Arbeitslosigkeit gebucht. Das Arbeitsamt muss dafür Sorge tragen, dass die berufliche Eingliederung durch die Abwesenheit nicht beeinträchtigt wird. Es darf allerdings die persönlichen Belange der Arbeitslosen nicht ignorieren.

Beim Abmelden wird der Tag der Rückmeldung im Arbeitsamt vereinbart. Wer dann nicht da ist, dem wird die Leistung eingestellt, außerdem erhält er quasi als Buße eine Sperrzeit von zunächst zwei Wochen. Wer im Urlaub krank wird und nicht rechtzeitig zurückkehren kann, muss das entsprechend belegen, dann hat er keine Konsequenzen vom Arbeitsamt zu befürchten.

Wer länger als drei Wochen wegfahren will, muss sich etwas anderes überlegen. Er kann zusätzlich unbezahlten Urlaub nehmen. Dann gibt es für die ersten drei Wochen Arbeitslosengeld und für höchstens drei weitere Wochen kein Geld.

Wer mehr als sechs Wochen wegfahren will, muss sich vorher ganz beim Arbeitsamt abmelden, aber Achtung! Siehe unten unter: „Fehlende Arbeitsbereitschaft“.

Arbeitslose können auch eine Art Bildungsurlaub machen. Das heißt, sie können zu staatspolitischen, kirchlichen, gewerkschaftlichen oder ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen fahren, wenn sie dort täglich mit der Post erreichbar sind und sich vorher ver-

pflichtet haben, einem Eingliederungsangebot des Arbeitsamtes sofort nachzukommen. Auch eine selbst bezahlte berufliche Weiterbildung darf man nach Rücksprache mit dem Amt durchlaufen.

Wer an einer ärztlich verordneten Kur teilnehmen will, kann dies nach Rücksprache mit dem Arbeitsamt tun. Das Arbeitsamt muss wie beim Urlaubsantrag prüfen, ob die Kur der beruflichen Eingliederung entgegensteht.

Eine wenig bekannte Regelung hat den bürokratischen Aufwand gemindert. Wer sich vorübergehend von seinem Wohnsitz weg bewegen will, aber im Nahbereich des Arbeitsamtes bleibt, kann dies tun, ohne Urlaub zu nehmen. Er muss dann nur jederzeit unverzüglich das Arbeitsamt aufsuchen können, einem Arbeitsangebot nachkommen können und die vorübergehende Anschrift im Arbeitsamt melden. Unter Nahbereich darf man den Bereich verstehen, innerhalb dessen ein Arbeitsangebot zumutbar ist, also bis zweieinhalb Stunden für Hin- und Rückweg. Mit dieser Regelung können Arbeitslose z.B. bei ihren kranken Eltern in Osnabrück sein, ohne sich abmelden oder nach Osnabrück ummelden zu müssen.

Urlaub und Arbeitslosengeld II

Die oben genannte Erreichbarkeitsanordnung aus dem Arbeitslosengeld gilt auch für Hartz IV oder Arbeitslosengeld II (SGB II, § 7 Abs 4a). Die frühere Regel des Sozialamtes (keine Abwesenheit vom Wohnort) ist nicht ins Alg II übernommen worden, auch wenn manche das meinen. Also nicht Bange machen lassen.



ZUM I ZU W

Zur Arbeitssuche ins Ausland gehen

Wer arbeitslos ist und in einem anderen Land der Europäischen Union eine Arbeit suchen will, braucht dafür keinen Urlaub zu nehmen. Das Arbeitsamt stellt dann die Bescheinigung E 303 aus. Mit dieser Bescheinigung fährt beispielsweise die modeinteressierte, arbeitslose Kauffrau aus Münster nach Mailand zum Arbeitsamt. Dieses zahlt ihr für maximal 12 Wochen das Arbeitslosengeld weiter, während unsere Textilhändlerin dort die Modehäuser abklappert auf der Suche nach Arbeit. Ist sie erfolglos, dann muss sie sich vor Ablauf der 12 Wochen in Münster zurückgemeldet haben. Ansonsten verfällt ihr Arbeitslosengeldanspruch völlig.

Die Regelung E 303 gilt auch für manche im Arbeitslosengeld II. Allerdings kommen nur Bezieher des befristeten Zuschlages nach § 24 SGB II in den Genuss dieser Arbeitssuche im EU-Ausland. Sprechen Sie mit ihrem persönlichen Ansprechpartner (PAP) in Ihrer Arge, Ihrem JobCenter oder wie das Amt auch immer heißt.

LEBEN ZU WENIG

Wer hier seine Arbeitsstelle verliert und länger oder dauerhaft in ein EU-Land gehen will, sollte gründlich überlegen, bevor er hier noch Arbeitslosengeld beantragt. Wenn er nämlich in einem europäischen Partnerland ein paar Tage oder Wochen sozialversichert arbeitet, und dann erst dort nach den Regeln dieses Landes Arbeitslosengeld beantragt, nimmt er die deutschen Arbeitszeiten als Versicherungszeiten in die neue Heimat mit, wenn in Deutschland noch kein Arbeitslosengeld in Anspruch genommen wurde. Der Arbeitslosengeldbezug ist dann anders als beim E 303 nicht auf drei Monate beschränkt.

Für Indien, die USA oder andere Nicht EU-Länder gelten wieder andere Regeln. Dorthin lassen sich Arbeitslosengeldansprüche nicht mitnehmen. Aber wer zurückkommen will, kann dennoch vorsorgen für die Zeit nach der Rückkehr. Zum einen lassen sich Restansprüche des schon bewilligten Arbeitslosengeldes bis vier Jahre nach dem Entstehen der Arbeitslosigkeit noch wieder mit einem Neuantrag aktivieren.

Zweitens besteht die Möglichkeit, dass Sie während einer Auslandsarbeit bei der deutschen Arbeitsagentur freiwillig Beiträge zur Arbeitslosenversicherung einzahlen. Dabei darf die Lücke zwischen Arbeitstätigkeit bzw. Arbeitslosengeldbezug hier und Arbeitsaufnahme dort nicht länger als ein Monat sein. Der Antrag kann bis Ende des ersten Monats der Tätigkeit eingereicht werden. Der Beitrag beträgt knapp 40 Euro im Monat, das daraus erzielte Arbeitslosengeld wird fiktiv errechnet nach der beruflichen Qualifikation. (Hinweise und Antragsformulare finden sich etwas versteckt unter www.arbeitsagentur.de auf folgendem Weg: Startseite > Arbeitnehmer Informationen > Geldleistungen > Arbeitslosengeld > Link und Dateiliste - letzterer Link leicht übersehbar auf der rechten Seite.)

Fehlende Arbeitsbereitschaft

Günter arbeitete bis vor kurzem in der Druckerei einer Provinzzeitung. Der Chef hat allen Druckern gekündigt. Er sagt: „Die Druckerei war nicht wirtschaftlich genug, die Drucker waren fachlich nicht auf dem neuesten Stand.“ Die Zeitung wird jetzt da gedruckt, wo es schneller und billiger geht, mit neuen Maschinen und geringeren Löhnen. Günter fühlt sich verschaukelt. Jede Anregung zu Fortbildungen oder zum Umstieg auf neuere Techniken hatte der Chef stets abgelehnt.

Günter hat sich also arbeitslos gemeldet. Das Arbeitsamt weiß nicht, wohin mit all den Druckern. Es bietet ihm an, eine Fortbildung zu bezahlen. Das passende Angebot gibt es aber erst in fünf Monaten wieder. Da sagt Günter zu seiner Frau: „Statt hier rumzuhängen, kann ich auch die Welt anschauen. Ich hab doch die Einladung von meinem Onkel, der vor 50 Jahren nach Amerika ausgewandert ist und da Drucker war. Die Kinder sind fast groß, da kann ich euch eine Zeit lang verlassen. In den Sommerferien holt ihr mich zu dritt wieder ab.“

Günter meldet sich beim Arbeitsamt ab und fährt nach Amerika. Nach New Orleans, Alaska, Manhattan und zum Onkel. Bei dem Onkel ist es spannend, denn der hat früher bei einer Zeitung gearbeitet. Die Druckerei dort hat sich kürzlich modernisiert, und Günter kriegt vom Onkel den Betrieb genau erklärt. Günter hat Spaß und macht sogar zwei Wochen Praktikum.

Dann siegt die Sehnsucht und er fährt mit der Familie wieder heim. Im Arbeitsamt meldet er sich zurück, um wieder Arbeitslosengeld zu bekommen und die Fortbildung an den Start zu bringen. Da schreibt ihm das Amt einen Brief: „Sie sind nicht arbeitsbereit gewesen und haben sich ohne wichtigen Grund abgemeldet. Darum wird Ihnen die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes um vier Wochen gekürzt.“

Günter macht ein langes Gesicht und denkt: „Na, ich merk schon, ich bin wieder in Deutschland.“ In einer Arbeitslosenberatung erklärt man ihm, was dahinter steckt: Die Verkürzung ist ins Gesetz eingefügt

worden, damit Arbeitslose sich nicht um ein Arbeitsangebot und die bei Ablehnung drohende Sperrzeit herumdrücken, indem sie sich beim Arbeitsamt abmelden.

Das war aber bei Günter gar nicht der Fall. Er war einer von vielen Druckern, für die das Amt keine Stelle hatte. Das hatte das Amt wohl vergessen. Und er hatte gute Gründe für die Reise: Sein Onkel hatte ihn eingeladen, und er hat ein Praktikum in Amerika gemacht. Das muss das Arbeitsamt berücksichtigen, bevor es fehlende Arbeitsbereitschaft unterstellt.

Dies alles schreibt Günter als Widerspruch an das Arbeitsamt. Der Onkel schickt ihm noch ein Schreiben der Druckerei. Das Arbeitsamt akzeptiert und nimmt die Kürzung zurück.

avo

FRAUEN LOS:
erwerbslos, ausbildungslos, mittellos ...

los FRAUEN:

KEIN STILLSTAND OHNE STELLE

Regelmäßige Treffen für alle
erwerbslosen und -suchenden Frauen
zum Austausch von Ansichten,
Anregungen und Auswogen.

Donnerstag, 10.00 – 11.30 Uhr
im Arbeitslosenzentrum „MALTA“
Achtermannstr. 10-12 (Cuba-Ihrenhof)

Kontakt:
Arbeitslose brauchen Medien e.V.
Achtermannstr. 7, 48143 Münster
0176/50195257 (Mariaharms, Anmeldebeauftragte)

gefördert v. Frauenbüro der Stadt Münster u. der Stiftung Siverdes

tdoerRecht

Senkung der Unterkunftskosten

Der Rat der Stadt Münster will ordentlich Kosten einsparen. Die dickste Spar-Position von 4 Millionen Euro sollen die Bezieher von Hartz IV und Sozialhilfe mit gekürzten Mietzuschüssen erbringen. Wegen des aktuellen Ratsbeschlusses zu den Unterkunftskosten bringen wir diesmal nur Urteile zur Wohnung.

Unterkunftskosten sind oft Anlass zu Differenzen in den Hartz IV-Ämtern. Viele Bedürftige machen sich Sorgen um ihre Wohnsituation. Umgekehrt sehen die Kommunen nur bei den Wohnungskosten Spielräume zum nennenswerten Absenken ihrer Kosten und gestalten danach ihre Richtlinien. So auch die Stadt Münster. Die Einsparung soll aber nicht willkürlich, sondern im Rahmen der Gesetze und der Rechtsprechung erfolgen, so sagt die Verwaltung.

Das übliche, vom Gesetz vorgegebene Verfahren zum Absenken der Unterkunftskosten sieht so aus: Die Verwaltung hat aus der Beobachtung des Wohnungsmarktes festzustellen, wie hoch die Mieten im unteren Segment des Wohnungsmarktes sind. Diese Quadratmetermieten mit den Wohnungsgrößen im sozialen Wohnungsbau malgenommen, ergibt die angemessenen Wohnungskosten – gestaffelt nach Personenanzahl. Ein-Personen-Haushalte beispielsweise erhalten in Münster inklusive kalter Nebenkosten höchstens 428 Euro Mietzuschuss. Hier gab es bislang einen Puffer von zusätzlich 20 % für Personen, die neu ins Arbeitslosengeld II rutschen. Der Puffer soll wegfallen.

Hat ein Arbeitsloser eine höhere Miete zu zahlen, dann wird die Verwaltung ihn innerhalb von bis zu sechs Monaten die Miete zu senken. Bis dahin wird sie die tatsächliche Miete übernehmen. Nach sechs Monaten schaut das Amt, was sich getan hat, also ob die Miete jetzt niedriger ist, ob ein Untermieter nun einen Teil der Mietkosten abdeckt oder ob eine billigere Wohnung gemietet wurde. Wenn die Kosten weiterhin zu hoch sind, zahlt das Amt nur noch die angemessenen Unterkunftskosten.

Wer sich erfolglos um billigere Wohnungen bemüht hat, sollte die Misserfolge dokumentieren mit Bescheinigungen der örtlichen Wohnungsgesellschaften oder mit den genauen Beschreibungen, was aus Bewerbungen auf Wohnungsanzeigen aus den Tageszeitungen geworden ist. Ist es nicht möglich, eine billigere Wohnung zu finden, dann muss das Amt weiter die vollen Kosten übernehmen.

Angemessene Unterkunftskosten

Was als Unterkunftskosten als angemessen zu gelten hat, berechnet sich aus dem Quadratmeterpreis im unteren Mietbereich und aus der abstrakt angegebenen Wohnungsfläche. Das Produkt dieser beiden Werte ergibt die Mietobergrenze. Sollte sich keine bedarfsgerechte und menschenwürdige Unterkunft zu diesem Preis finden lassen, dann müssen auch höhere Mietkosten übernommen werden.

LSG Hessen L9 AS 124/05 ER vom 21.03.06, nach Sozialinfo Juni 2006

Keine billigere Wohnung zu finden

Durch Vorlage von acht Absagen unterschiedlicher Vermietungsgesellschaften kann die Unmöglichkeit der Senkung der Kosten der Unterkunft glaubhaft gemacht werden.

Sozialgericht Hannover S 46 AS 1942/06 ER vom 31.01.07, nach Tacheles-Sozialhilfe.de

Möbliert Wohnen – ungekürzt

Das Arbeitslosengeld II darf bei Nutzung einer möblierten Wohnung nicht gekürzt werden mit der Begründung, in der Regelleistung sei ein Betrag für die Anschaffung von Möbeln enthalten. Dafür gibt es keine Rechtsgrundlage.

LSG Bayern, L 7 AS 6/06 vom 17.02.06, nach Sozialinfo Juni 2006

Unterkunftskosten in einer Wohngemeinschaft

Für die Unterkunftskosten einer Wohngemeinschaft sind andere Maßstäbe anzulegen als für eine darüber hinausgehende, gemeinsam wirtschaftende Haushaltsgemeinschaft.

LSG Niedersachsen Bremen, L 6 AS 96/06 ER, vom 6.3.06, nach Sozialinfo Juni 2006

Eheähnliches Zusammenleben

Aus dem bloßen Zusammenleben kann nicht darauf geschlossen werden, dass die Bewohner im Sinne des Verfassungsgerichts füreinander eintreten, selbst wenn es sich über ein längere Dauer erstreckt. Das gemeinsame Vorhalten von Lebensmitteln spricht ebenso wenig für eine eheähnliche Gemeinschaft wie zwei Bettdecken mit der gleichen Bettwäsche oder wie das freie Bewegen des Untermieters in der Wohnung.

LSG Niedersachsen Bremen, L 9 AS 89/06 ER, vom 6.3.06, nach Sozialinfo Juni 2006

Hausbesuche bei Hartz IV-Beziehern

Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist ein hohes, verfassungsrechtlich geschütztes Gut. Hartz IV-Bezieher müssen Hausbesuche nur gestatten, wenn die Sozialdetektive ihnen konkrete Zweifel an ihren Angaben vorhalten können und wenn ein Hausbesuch diese Zweifel aufklären kann.

LSG Hessen, L 7 AS 1/06 ER und L 7 AS 13/06 ER vom 30.1.06, nach Sozialinfo Juni 2006

Erforderlicher Umzug

Einer über 30-jährigen alleinstehenden Frau ist es bei unterschiedlichen Kulturvorstellungen und dem Bedürfnis nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit unzumutbar, bei den Eltern mietfrei wohnen zu bleiben. Ein Umzug in eine eigene Wohnung ist daher erforderlich.

SG Berlin, S 110 AS 10594/06 ER vom 28.11.06, nach Tacheles-Sozialhilfe.de

Umzug eines unter 25-jährigen

Schwerwiegende soziale Gründe, die einen Auszug eines unter 25-jährigen Hilfebedürftigen in eine eigene Wohnung nach § 22 Abs. 2a SGB II rechtfertigen, liegen vor, wenn aufgrund Alkoholmissbrauchs der Mutter Missstände in der Familie bestehen und das Jugendamt einen Auszug befürwortet.

SG Nürnberg - S 19 AS 811/06 ER vom 2.11.06, nach Tacheles-Sozialhilfe.de



Anwalt Tipp

von Wilhelm Achelpöehler

Arbeitslosengeld für Selbständige

Peter hatte sich im Jahr 2002 als Architekt selbständig gemacht, nachdem sich das Büro, in dem er bis dahin tätig war, auflöste. Die Geschäfte liefen mehr recht als schlecht und er war sich nicht sicher, wie lange und ob er durchhalten könne. Umso mehr freute er sich, als er von der Möglichkeit hörte, sich auch als Selbständiger gegen Arbeitslosigkeit versichern zu können.

Die Möglichkeit hat es mit § 28a SGB III. Da auch Selbständige gegen Arbeitslosigkeit versichern, wenn sie innerhalb der letzten 24 Monate vor Aufnahme der selbständigen Tätigkeit mindestens zwölf Monate versicherungspflichtig gearbeitet haben oder Arbeitslosengeld bezogen haben. Seit dem 1.02.2006 konnten sich auch Selbständige freiwillig versichern, die sich schon länger selbständig gemacht hatten – die Übergangsfrist lief bis zum 31.12.2006. Doch schon vier Monate nach In-Kraft-Treten der Vorschrift, am 1.06.2006, wurde die Übergangsfrist rückwirkend auf den 31.05.2006 verkürzt. Vielen Selbständigen wie Peter, die von der neuen Möglichkeit gehört hatten und denen bei der Arbeitsagentur die Frist bis zum 31.12.2006 genannt wurde, wurde so die Möglichkeit dieser sehr günstigen Versicherung genommen.

Peter hatte von der Gesetzesänderung nichts gehört und stellte am 1.12.2006 noch einen Antrag, der jetzt abgelehnt wurde. Dagegen legte er Widerspruch ein, der gleichfalls abgelehnt wurde. Er zog vor das Sozialgericht. Das gab ihm jetzt recht: Die kurzfristige Abschaffung der Übergangsregelung verstößt nach Auffassung des Sozial-

gerichts Koblenz gegen Artikel 2 Abs. 1 des Grundgesetzes in Verbindung mit dem rechtsstaatlichen Grundsatz des Vertrauensschutzes. Übergangsregelungen dürften nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, der sich das Sozialgericht angeschlossen hat, nur unter besonderen Anforderungen verkürzt werden. Mit solchen Regelungen verwirkliche der Gesetzgeber sein Konzept und schaffe einen besonderen Vertrauenstatbestand. Der Bürger dürfe davon ausgehen, dass der Gesetzgeber sein Konzept für den Übergangszeitraum durchdacht und insbesondere künftige Entwicklungen, soweit sie vorhersehbar sind, berücksichtigt habe. Auf diese Regelungen stelle sich der Bürger ein. Der Gesetzgeber dürfe daher nicht beliebig sein Förderungsangebot zurücknehmen und sein Konzept nur ändern, wenn schwere Nachteile für wichtige Gemeinschaftsgüter zu erwarten seien, falls die Übergangsregelung unverändert bestehen bleibe. Solche Nachteile seien der Gesetzesbegründung nicht einmal ansatzweise zu entnehmen und auch sonst nicht ersichtlich, so die Richter des Sozialgerichts (Beschluss vom 10.1.2007, Az.: S 9 AL 302/06).

Wie das Bundesverfassungsgericht entscheiden wird, ist nicht absehbar. Peter allerdings zieht aus der Gesetzesänderung den Schluss, dass Worten von Politikern auch dann nicht geglaubt werden darf, wenn sie in Gesetzesform gegossen werden. Vor allem nachdem er erfährt was seiner Freundin Sabine, die an der FH Münster Architektur studiert, widerfahren ist. Zuerst hatte der NRW Gesetzgeber in § 10 des Hochschulgesetzes bestimmt: „Das Studium ist bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss gebührenfrei.“ Sabine hatte zudem von ihrer Hochschule einen als „Kontoauszug“ bezeichneten Bescheid erhalten, der noch einige Semester des gebührenfreien Studiums auswies. Dann hat der NRW Gesetzgeber kurzerhand diese Bescheide außer Kraft gesetzt und Sabine zahlt jetzt Studiengebühren. Denn ihr Vertrauen in den Gesetzgeber sei nicht „schutzwürdig“, erklärten die PolitikerInnen der Mehrheitsfraktionen CDU und FDP im Landtag.

So haben Peter und Sabine eine kleine Lektion in Staatsbürgerkunde bekommen – nicht freiwillig und nicht umsonst, aber so nachhaltig, dass sie das so schnell nicht vergessen werden.

Die Beratung in der cuba-Sozialagentur ist kostenlos, freiwillig und vertraulich.

Achtermannstr.10-12
(cuba), 1. Stock
Beratungstermine:
Dienstag, Donnerstag
von 9:00 bis 11:00 Uhr
und nach Vereinbarung

Sozialagentur

im cuba

Fon: 0251-518880
Fax: 0251-518543

Beratung für arbeitslose
Sozialhilfeberechtigte

Schmerzensgeld für MZ-Redakteure

Gegen die Zahlung eines, wie sie es selbst nennen „Schmerzensgeldes“, haben zum Ende des Monats März ein Großteil der freigestellten Redakteurinnen und Redakteure und eine Sekretärin der Münsterschen Zeitung (MZ) Verträge unterzeichnet, die ihr Ausscheiden aus dem Altverlag regeln. Sie werden je nach Kündigungsfrist bei gleichen Bezügen über einige Monate freigestellt bleiben und danach mit 90 Prozent der Bezüge in eine Transfergesellschaft wechseln. Zudem erhalten sie eine Abfindung.

Weiter Flagge zu zeigen, und diese infame Geschäftspolitik weiter an den Pranger zu stellen, versprachen die MZ-Redakteure auf der wiederum gut besuchten 2. MZ-Soliparty, die am 29. März in Münster stattfand. Sie bedankten sich für die „tolle Unterstützung“ durch die Gewerkschaften.

Aber irgendwann sei für sie einfach klar gewesen: „Dahin möchten wir nicht zurück.“ Deshalb hätten sie auf weitere juristische Schritte verzichtet.

Drei Kollegen und Kolleginnen, die nicht in die Transfergesellschaft wechseln wollten, soll gekündigt worden sein.

Noch nicht abgeschlossen sind die Verhandlungen des Betriebsrates über einen kollektiven Sozialplan.

Wie vor Monaten alles begann:

Freitag, der 19. Januar 2007 ist ein Termin, den die Redakteure der Münsterschen Zeitung nicht so schnell vergessen werden. Aus ihren schmucklosen Redaktionsräumen im Druckhaus an der Harkortstraße (Redaktionsjargon „Lattenheim“ oder „Alcatraz“) wurden sie zu einem Termin beim Verlagsgeschäftsführer Lutz Schumacher ins Kollpinghotel zitiert. Dort teilte er der 19köpfigen Truppe in einem zehnminütigen Gespräch lapidar mit, dass sie ab sofort von der Arbeit „freigestellt“ seien. „Das Unternehmen, bei dem sie beschäftigt sind, hat keinen Produktionsauftrag mehr“, so die Begründung. Man könne sich ja bei der neuen Gesellschaft, die jetzt den Lokalteil herstellen, bewerben, so seine Empfehlung an die

erfahrenen Kollegen, die über Jahre die Lokalpublizistik in Münster mitgeprägt haben.

Schumacher ist nur der Vollstrecker dieser (bislang noch) bundesweit einmaligen Aktion. Die hat sich der einfallsreiche Dortmunder Verleger Lambert Lensing-Wolff ausgedacht. Er entzog als Herausgeber der *Münstersche Zeitung Verlagsgesellschaft GmbH & Co KG* den Auftrag zur Herstellung der Lokalredaktion und übertrug ihn an eine neue Media Service GmbH. Die ihm natürlich auch gehört. Parallel zur Altredaktion an der Harkortstraße beschäftigte er seitdem im frisch renovierten Verlagsgebäude in der Neubrückenstraße 17 neue Redakteurinnen und Redakteure, die an einem neu installier-

ten Newsdesk die Zeitung produzieren. Das neue Personal, das in Münster bislang kaum jemand kennt (Ausnahmen bestätigen die Regel), ist jünger, schon dadurch billiger und wird nicht mehr nach Tarif bezahlt.

Da dieses skandalöse Vorgehen ein bundesweites Medienecho auslöste (130 Presseartikel und ungezählte Hörfunk- und Fernsehbeiträge), geriet Lensing-Wolff, der sonst eisern zu allen Vorgängen in seinem Medienhaus Lensing schweigt, in öffentlichen Rechtfertigungsdruck. In einem Interview mit sich selbst, dass in der Münsterschen Zeitung und in der Münsterschen Sonntagszeitung veröffentlicht wurde, erklärte er Anfang Februar die radikale Umstrukturierung der Zeitungsredaktion damit, dass der bisherige Lokalteil der MZ keine Zukunft gehabt hätte, dies hätten Leserbefragungen ergeben. Mit der alten Redaktion habe er die Zukunft der Zeitung nicht sichern können.

Durch Münster weht seitdem ein Sturm der Entrüstung. Leser kündigen ihre Abos, Anzeigenkunden stornieren Aufträge. SPD und DGB kritisierten in Presseerklärungen diesen „absoluten Tiefpunkt unternehmerischen Handelns“ und solidarisierten sich wie viele andere Organisationen mit den Betroffenen. Der DGB-Vorsitzende im Münsterland, Bernhard Tenhofen, hoffte vergeblich, dass der Verleger „von seinem Verband zu-

Fortsetzung Seite 10



Das Team ist gefeuert, Trainer Spitze macht weiter Foto: Mojgan

Ansprache von Stefan Clauser auf der Soli-Party im Prinzipalsaal

Nach dem ersten Entsetzen kam die Wut. Kalte Wut auf den Verleger, der uns mir nichts dir nichts vor die Tür beförderte, uns aussperrte von unserem Arbeitsplatz, nach unserer Existenz griff. „So nicht!“: Das empfand jeder von den Geschassten im Januar, „Nicht mit mir!“.

Wir riefen um Hilfe und wir wurden gehört. Von den Menschen in Münster, von den Medien, von Künstlern, die in kürzester Frist ein Solidaritätskonzert auf die Beine stellten. Von Menschen, die tausendfach Aufrufe unterschrieben und solchen, die sich empört an die Verlagsspitze wandten. Per Brief, per Abo-Kündigung oder bei Demos in Münster und in Dortmund. Nicht zu vergessen, die Vertreter der beiden Gewerkschaften, die seit Beginn des Konflikts nicht von unserer Seite gewichen sind. Alle forderten gemeinsam mit uns: Die MZ-Redakteure müssen zurück an ihre Schreibtische! Alle. Ohne Wenn und Aber.

Dann kam die Angst. Nach dem ersten Sturmlauf und zunächst großer Euphorie stellten sich bohrende Fragen. Was wird aus mir und meiner Familie, wenn das hier vorbei und der Job trotzdem futsch ist? Kann ich einen möglicherweise jahrelangen Rechtsstreit um Weiterbeschäftigung durchstehen? Finanziell und nervlich.

Und: Werde ich ihn auch gewinnen? Werde ich in meinem Alter je wieder einen Job als Journalist finden? Fragen, auf die bis zum heutigen Tag keiner von uns eine Antwort kennt. Schlaflose Nächte wurden zum

Normalzustand. Wie nicht zuletzt die Absendeadaten der eifrig untereinander ausgetauschten E-Mails belegen.

Und dann der Frust. Je mehr Verleger Lambert Lensing-Wolff in der Öffentlichkeit unter Druck geriet, umso schärfer feuerte er zurück. Immer nur mit dem einen Argument: Die alte Redaktion, sie sei reformunfähig, unterirdisch, renitent – mit einem Wort: grobenschlecht gewesen. Unter dem Eindruck dieser Diffamierungen und angesichts einer neuen Redaktion, die eine Zeitung am Leser vorbei produziert, wurde den Rausgeschmissenen eins klar: Dahin möchten wir gar nicht zurück. Selbst wenn sie uns noch wollten oder wieder einstellen müssten.

Was also tun? Goldener Händedruck und tschüss? Auch dabei gab's Probleme. Der Betriebsrat verhandelte um einen Sozialplan, wurde dabei von der Geschäftsführung immer wieder ausgebremst. Auf der anderen Seite regnete es Abfindungsangebote an die Gefeuerten, die jenseits einer einheitlichen und gerechten Regelung sozusagen freischwebend verhandelt wurden. Mancher griff zu. Im Bedürfnis den Spatz in der Hand zu behalten und in der vagen Hoffnung, dass ein erfolgreiches Agieren der Mitarbeitervertretung vielleicht auch die Taube auf dem Dach noch in Reichweite bringt. Ob das klappt, steht in den Sternen.

Auch wenn sich der Verleger gern als großzügig darstellt: Reich wird von den Abfindungen keiner. Den Verlust des Arbeits-

platzes, die Diskriminierung durch den eigenen Arbeitgeber, die Aussichtslosigkeit am Arbeitsmarkt vermögen weder Bargeld noch Transfergesellschaft zu kompensieren. Ein Schmerzensgeld, mehr nicht.

Den Weg zum Arbeitsgericht, so sieht es gut zwei Monate nach dem kalten Rauschmiss aus, wird am Ende vielleicht nur noch der Betriebsrat antreten. Um dort für eine gerechte Abfindung zu streiten, aber auch, um die Rechtmäßigkeit der Massenkündigung auf den juristischen Prüfstand zu stellen. Die von ganz langer Hand geplant und eiskalt durchgezogen wurde.

Mehr als ein Trost in dieser Tristesse: Die Münsteraner haben ein feines Gespür dafür bewiesen, dass diese infame Geschäftspolitik an den Pranger gehört. Dass ein Unternehmer, der sie zu verantworten hat, nicht zu dieser Stadt passt. Das brachte neben vielen anderen auch der Zeitgenosse zum Ausdruck, der sein Abo kündigte – ohne je Bezieher der MZ gewesen zu sein. Ohne diese massive Unterstützung wäre unsere Sache, die ja letztlich die Sache aller an Presse- und Meinungsvielfalt Interessierten ist, vielleicht schon vergessen.

Ihr habt dafür gesorgt, dass das nicht geschieht. Und wir Redakteure wünschen uns, dass wir gemeinsam mit Euch das Bewusstsein für die Sauerei wach halten, die hier mitten in Münster geschehen ist. Nein, wir melden uns nicht ab. Wir zeigen weiter Flagge und wir hoffen weiter auf eure tolle Unterstützung!

Radlos ?

Neue und
gebrauchte Fahrräder

Montag bis Freitag von
10:00 Uhr bis 13:00 Uhr
und von
14:00 Uhr bis 18:00 Uhr

LILA LEEZE

Frauenfahradladen
Dortmunderstr. 11 - Fon: 66 57 61



ERDNUSS- ANZEIGE

Schmerzensgeld

für MZ-Redakteure

rückgepfiffen wird“. Lensing-Wolff, der in Dortmund auch die auflagenstarken Ruhrnachrichten herausgibt, ist immerhin zweiter Vorsitzender des nordrhein-westfälischen Verlegerverbandes.

Langjährige freie Mitarbeiter wie der Kolumnenschreiber Hannes Demming alias Holsken Hannes kündigten freiwillig ihre Mitarbeit auf. Und da es über Tage in Münster kaum ein anderes Gesprächsthema gab, ließ sich Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann persönlich in einem Gespräch von betroffenen Kollegen und den Interessenvertretern der Journalistengewerkschaften informieren.

Tillmann nahm die Fakten „mit deutlicher Sorge“ zur Kenntnis.

Zwar werden eine Sekretärin und der Polizei- und Karnevalsredakteur Helmut P. Etzkorn, der Sportredakteur Dirk Krampe und die Fotografen Heiner Witte und Bernd Oberheim über ein Agenturmodell inzwischen wieder beschäftigt, dem Rest der Redaktion bleibt wohl für immer der Weg zurück ins Verlagshaus verwehrt. Ihr persönliches Hab und Gut haben sie inzwischen in einer gemeinschaftlichen Aktion aus dem frisch renovierten Pressehaus an der Neubrückenstrasse abgeholt und so einen persönlichen Schlußstrich gezogen. Treffpunkt der Altredaktion bleibt das Kirchenasyl im Pfarrer-Elthrop-Heim an der Herz-Jesu-Kirche.



Musikalische Unterstützung

Foto: Mojgan

In verschiedenen Protestaktionen in Münsters City am Drubbel, auf dem Wochenmarkt und vor dem Stammsitz der Lensing-Wolffs am Westenhellweg in Dortmund und auf zwei Soli-Partys im Heaven mit 1000 Teilnehmern und im Prinzipalsaal mit 300 Besuchern haben sie mit Unterstützung der Journalistengewerkschaften dju, ver.di und DJV gegen diese Form der Verlegerwillkür protestiert. Vergeblich.

Auf eine Kündigungsschutzklage, mit dem Ziel, an den alten Arbeitsplatz zurück-

zukehren, haben sie verzichtet. Der Erfolgsgerichtsverfahren, so Münsters ver.di-Mediensekretär Michael Schulenberg hätte maßgeblich davon abgesehen, ob das Gericht zu der Auffassung gekommen wäre, ob es sich um einen Betriebsübergang handelt. Dann hätten die Redakteure mit allen Rechten und Pflichten von der neuen GmbH übernommen werden müssen.

Dieses hätte die Pläne von Lensing-Wolff, der sein Medienhaus in ein undurchsichtiges Geflecht von Kleinfirmen zersplittert hat, das kaum noch Mitbestimmung kennt, durchkreuzt. Er ließ sich in einem Schreiben seiner Chefredaktion sogar zum Opfer einer „Schmutzkampagne“ stilisieren, die die Gewerkschaften und die „Westfälischen Nachrichten“, seit Jahrzehnten Marktführer in der Stadt, gemeinsam gegen ihn inszeniert hätten. Er ging sogar soweit, das Redaktionsniveau seiner alten Redaktion als „unterirdisch“ zu bezeichnen und sie der „Reformunfähigkeit“ zu bezichtigen. Die Freistellung sei eine Notoperation gewesen. Ob es am Ende heißt „Operation gelungen, Patient tot“ steht derzeit noch in den Sternen. Dem Vernehmen nach sollen die neu beschäftigten Redakteure nur auf zwei Jahre befristete Arbeitsverträge haben. Das Blatt soll 1600 Abonnenten verloren haben.

Frank Biermann (dju)



MZ berichtet...

Dabeisein ist alles!

Wir machen nicht nur die SPERRE, seit 15 Jahren machen wir auch Bürgerfunk:

W A S, "Wohnen Arbeit Soziales", das Magazin zum Wirklichen Leben. Bürgerfunk läuft auf den Frequenzen des privaten Lokalfunks in NRW, in Münster also auf dem Kanal von Radio Antenne Münster.

Dem Bürgerfunk soll es jetzt an den Kragen gehen. Die CDU/FDP Landeskoalition hat kürzlich ein neues Gesetz für den Bürgerfunk vorgeschlagen.

Wir sollen nicht mehr so viel und nur noch am späten Abend senden, dann, wenn keiner mehr Radio hört. Unseren Sendeplatz mussten wir schon mehrfach wechseln. Es ist gerade mal ein gutes Jahr her, dass wir auf den frühen Samstagabend verschoben wurden. Angeblich ist der Bürgerfunk zu uninteressant oder qualitativ so anders als der normale Lokalfunk, das würde den Sendebetrieb und die Hörer stören oder nicht interessieren.

Mit "Wohnen Arbeit Soziales" behandeln wir grundlegende Themen. Die meisten wohnen, viele sind berufstätig oder wollen es zumindest sein, und soziale Themen begleiten uns tagtäglich; vom Elterngeld bis zur Altersarmut. Wir versuchen, diese Themen so zu bringen, dass sie verstanden werden. Wir vernebeln nicht mit politischen Phrasen. Wir beziehen auch schon mal Partei für diejenigen, die keine Lobbyvertretungen bei den verschiedenen Parlamenten finanzieren können. Wir berichten aus lokaler Perspektive. Das alles kommt normalerweise zu kurz im Radio.

Das kommt auch im sogenannten Lokalfunk wie etwa *Radio Antenne Münster* zu kurz. Was auf Radio AM über den Äther kommt, wird meist nicht in Münster ge-

macht. Die meisten Sendeminuten sind Dulfunk aus Oberhausen, sie sind Gemeinschaftsprogramme der NRW-Privatsender. Schalten Sie nachmittags, abends oder nachts mal um auf benachbarte Privatsender wie Radio Steinfurt, da läuft meist das gleiche wie auf Antenne Münster. Beim Bürgerfunk nicht, der ist wirklich 100% von hier – in Münster gemacht für die Hörerinnen und Hörer aus Münster.

Der Bürgerfunk ist das Salz in der Suppe der Lokalsender. Was auf überregionaler Ebene nicht so einfach geht, nämlich den Bürger an der Radioproduktion aktiv zu beteiligen, im lokalen Bereich geht das. Damit steht den privaten Betreibern der Lokalsender natürlich ein Sendeplatz weniger zur Verfügung. Und es kommt noch schlimmer; andere nutzen diesen Sendeplatz mit eigenen Ideen. Da gibt es Produktionen, die man im Vergleich zum sonstigen Programm schon mal als Abwechslung bezeichnen mag. Manche wollen keine Abwechslung bzw. nicht diese Art von Abwechslung, die schalten ab oder um. Aber das gibt es doch bei anderen Programmen auch: Wenn zum Beispiel Fuß-

Der Bürgerfunk ist das Salz in der Suppe



ball kommt oder die Morgenandacht – das wollen doch auch nicht alle hören. Zielgruppenprogramme bringen alle Sender, auch Radio Antenne Münster – warum also sollte der Bürgerfunk stören?

Dabeisein ist alles, heißt es immer gern, wenn das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement gefördert und gefordert werden. Aber wir erleben gerade im Sozialbereich eine große Aufspaltung der Gesellschaft nach Wohlstand. Die A-Gruppen, also Arbeitslose, Arme, Asylbewerber, Ausbildungssuchende, werden neben ihrem A-Problem ein zweites Mal ausgegrenzt, weil sie kaum selbst das Wort erheben können. Sie

Ausfallend wie der Unrasierte in Mainz

müssen schon ausfallen werden wie der Unrasierte in Mainz, wenn sie wahrgenommen werden wollen. Der Bürgerfunk bietet diesen Gruppen ihren Raum. Und nicht nur Unrasierten, auch die Kreisjägerschaft oder Landfrauen oder junge Christen machen Programm im Bürgerfunk. Partizipation soll nun gegenüber wirtschaftlichen Interessen zurücktreten, so heißt es von CDU und FDP in der Begründung dieser „Reform“. Das darf nicht das letzte Wort sein.

avo

Big Brother is hacking you

Wie das geänderte
Verfassungsschutzgesetz
die Ausspähung
privater Heimrechner
ermöglicht

Es war halb sechs Uhr morgens, als es an der Tür klingelte. Schlaftrunken öffnete Jörg M. die Tür. Vier Herren mittleren Alters standen ihm gegenüber. „Sie sind verhaftet wegen des Verdachtes der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und des Besitzes sowie der Verbreitung von Kinderpornographie.

Wir werden jetzt Ihre Wohnung durchsuchen.“ Dann ging alles ganz schnell. Die Beamten legten ihm Handschellen an und nahmen seinen Rechner, diverse Datenträger und ihn selbst mit, nachdem sie die komplette Wohnung auf den Kopf gestellt hatten. Jörg M. war wie versteinert, ebenso seine Frau und die beiden Kinder, die durch den Lärm wach geworden waren und das Desaster mit ansehen mussten. Ja, er hatte einen PC. Ja, er hatte eine Internetanbindung. Aber Terrorismus? Kinder pornos? Niemals!



Fremdgesteuert

Was war passiert? Jörg M. hatte unbedacht einen E-Mail-Anhang in seinem Outlook-Express-Programm geöffnet. Es handelte sich dabei um einen angeblichen Sicherheitspatch mit dem Namen „kb62553456.exe“. Scheinbar kam die Mail vom Hersteller seines Betriebssystems. Da die Installation dieser Datei schnell und problemlos vonstatten ging, dachte sich Herr M. nichts weiter dabei. Er war lediglich verwundert, dass Sicherheitspatches nun auch per E-Mail verbreitet wurden.

Im Hintergrund hatte sich jedoch ein kleines Programm auf seinem PC installiert, das es einem Außenstehenden erlaubte, den Rechner fernzusteuern, seine Speicherressourcen zu benutzen und Dateien freizugeben. Auf seinem Rechner waren nun verdächtige Anleitungen zur Herstellung verschiedener Spreng-

stoffe vorhanden, ebenso wie die Baupläne einiger öffentlicher Gebäude und kinderpornographisches Material – gut versteckt in den Tiefen der Ordnerstruktur seines Betriebssystems. Jörg M. war schleierhaft, wie diese Daten auf seinen PC gelangen konnten, sie waren ihm bislang ja nicht einmal aufgefallen. Die Tatsache, dass sein Rechner aus den Weiten des Internet von Dritten als Datenbank und Tauschbörse für illegale Inhalte missbraucht wurde, kam ihm als normalem Anwender nicht ansatzweise in den Sinn.

Die ermittelnden Behörden hatten jedoch nun handfeste Beweise für die vermeintliche Schuld des Herrn Jörg M. in Form des Inhaltes seiner Festplatte.

**Der Kampf
gegen den
Terror macht's
möglich**

Staatschnüffelei...

Der Fall des Jörg M. ist zwar fiktiv, jedoch nicht unwahrscheinlich oder gar unmöglich, weder technisch noch juristisch: Am 20.12.2006 hat der Landtag NRW das geänderte Verfassungsschutzgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz gestattet es ermittelnden Behörden, Bankkonten, Telefone und Computer von so genannten „Extremisten“ zu kontrollieren und zu durchsuchen – also zu hacken – ohne richterlichen Beschluss. Bereits zehn weitere Bundesländer haben angekündigt, ihr Verfassungsschutzgesetz ebenfalls zu ändern, ebenso ist eine Änderung des Gesetzes auf Bundesebene geplant. Der „Kampf gegen den Terror“ macht's möglich. Als Hinweis auf die möglicherweise bereits vorhandenen technischen Möglichkeiten des staatlichen Hacks könnte verstanden werden, dass es laut einem Bericht der Süddeut-

schen Zeitung bereits Einzelfälle gab, in denen das BKA sich Zugang zu Privatrechnern online beschaffte – ohne gesetzliche Grundlage, allerdings in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft und mit richterlichem Beschluss.

...ohne gesetzliche Grundlage

Am 25. November 2006 stellte der Bundesgerichtshof jedoch fest, dass für die Ausspähung privater Heimrechner die gesetzliche Grundlage fehlt. Diese will das Land NRW nachreichen, gefolgt von anderen Bundesländern. So soll das Urteil des BGH umgangen werden.

Besonders brisant ist der Gedanke an staatliche Hacker, wenn man bedenkt, dass das Bundeskabinett im September 2006 die Änderung des Computerstrafrechts beschloss, welches nun so genannte Hacker-Tools, also (unter anderem) Programme zur Aufdeckung von Sicherheitslücken in Netzwerken, verbietet. So erlaubt sich der Staat großzügig die Nutzung einer von ihm selbst illegalisierten Softwaregruppe, während er Firmen, die diese Programme zur Sicherheitsanalyse und -verbesserung von Firmennetzwerken nutzen, kriminalisiert.

Den Usern unbemerkt Staatstrojaner unterjubeln

Der staatliche Massenhack

Wie genau der staatliche Massenhack letztendlich technisch vonstatten gehen soll, bleibt noch abzuwarten. Zum einen gibt es die Möglichkeit, einen Trojaner über Tauschbörsen, speziell präparierte Webseiten oder per Mail auf die Rechner zu bekommen. Dieser Methode bediente sich zuletzt die Schweiz, um Voice-over-IP-Gespräche (Telefonate über das Internet) zu belauschen. Ein anderes – und wesentlich subtileres – Szenario wäre die Einrichtung technischer Abhörmaßnahmen über den deutschen Internetknoten „DE-CIX“.

So ist in einem Internetforum beschrieben worden, dass eben dieser Internetknoten auf die Hardware einer Firma (Force10 Networks) umgestellt wurde, die auch hierzu kompatible Gerätschaften für Abhörmaßnahmen (die sog. P-Series) produziert, mit denen die NSA in den USA den Internetver-

kehr abhört. Mit dieser technischen Ausstattung wäre es nicht nur möglich, den Internetverkehr beliebig abzuhören, sondern auch zu verändern – und den Usern unbemerkt den „Staatstrojaner“ unterzujubeln. Somit käme diese Abhörmethode auch an den bekannten Sicherheitsmaßnahmen wie z. B. NAT-Router oder Firewalls vorbei. Technisch Interessierte können sich unter dem unten genannten Link zum Golem-Forum über die genauen Einzelheiten dieses Verfahrens informieren.

Kampfansage an die Selbstbestimmung

Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar sieht den staatlichen Massenhack im Widerspruch gegen den „Schutz des Kernbereichs der Privatsphäre“. In der Tat kann dieses Vorgehen als Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung gesehen werden – ein Recht, welches in den 80er Jahren im Rahmen des Volkszählungsurteiles als Bestandteil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und der Menschenwürde hart erstritten wurde und heutzutage unter dem Totschlagargument der Terrorgefahr Stück für Stück wieder abgebaut wird. Auch der Artikel 13 Abs. 1 GG – die Unverletzlichkeit der Wohnung – ist durch die staatliche Onlinespionage berührt.

Die Mühlheimer Bürgerrechtlerin Bettina Winsemann, im Internet auch bekannt unter dem Namen „Twister“, hat bereits angekündigt, gegen das neue Verfassungsschutzgesetz Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht einzulegen. Wer Frau Winsemann in ihrem Vorhaben unterstützen will, kann auf die eigens hierfür eingerichteten Spendenkonten spenden:

<http://www.twister-schreibt.de/mambo/>

Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich wirklich Kriminelle mit entsprechenden Maßnahmen (eigens kompiliertes Linux statt Massenbetriebssysteme, Hardwarefirewalls, Dateiverschlüsselung etc.) gegen die staatliche Onlineschnüffelei wirksam absichern werden. Lediglich der unbedarfte Otto-Normal-User wird ein leichtes Opfer werden. Wahrscheinlich wird der eine oder andere Tauschbörsenbetreiber wegen Verletzung des Urheberrechts belangt werden – dem rechtlichen Konstrukt des Zufallsfundes sei Dank. Überdies kann sich der Staat dann auch prima in Gesinnungsschnüffelei üben. Die lokal gespeicherten E-Mails enthalten oft sehr private Dinge und fallen als lokale Dateien auch

nicht mehr unter das Fernmeldegeheimnis, da der Kommunikationsvorgang abgeschlossen ist.

Allerdings: Ein Osama Bin Laden hat sein E-Mail-Konto wahrscheinlich nicht bei GMX, benutzt kein Outlook und auch kein Windows. lb

Weiterführende Links:

„Kommissar Trojaner“
<http://www.heise.de/newsticker/meldung/79172/from/rss09>

„Golem“
<http://forum.golem.de/read.php?14855,805919,805919#msg-805919>



Sozialberatungen im cuba

Achtermannstrasse 10-12
48153 Münster

Arbeitslosenberatung,
Fon: 51 19 29

Offene Beratung ohne Voranmeldung
Montag und Donnerstag: 15:00 bis 17:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag: 09:00 bis 12:00 Uhr
und nach Vereinbarung.

sic -Sozialbüro im cuba,
Fon: 588 56
Beratung nur nach Termin.

Beratung für Schwangere und Alleinerziehende, Fon: 588 56
Beratung nur nach Termin.

Sozialhilfetelefon, Fon: 4 35 44
Montag: 15:00 bis 17:00 Uhr

Sie sind ALG I oder Alg II Empfänger!

Sie wollen sich selbstständig machen!

Kostenlose Beratung & Information
in der Ideenbörse

immer Dienstags 14:00 - 16:00 Uhr
im Malta (cuba)
Fon 0251 / 41 40 553

48153 Münster, Achtermannstr.10
(Nähe Hbf)

AMOKkomA



Ein kleiner Einblick in ein seltenes Phänomen, das umso mehr Schlagzeile macht

Bisher galt der sogenannte Amok als spezifisches Problem der USA. Doch fast genau drei Jahre nach dem Schul-Amok in der Columbine Highschool, wurde auch Deutschland durch die Ereignisse in Erfurt mit diesem Phänomen konfrontiert. Grund genug den „Amok“ unter die Lupe zu nehmen.

Der Begriff Amok leitet sich aus dem malaiischen Wort amuk für „wütend, rasend“ ab. Schon lange streiten sich Geisteswissenschaftler und Ethnologen über die Beweggründe dieses kulturgebundenen Phänomens. Zum einen soll der Amoklauf als Reaktion auf den Verlust einer geliebten Person oder einer erlittenen Schande gedeutet werden. In dieser Interpretation zeichnet er

Scheinbares Von-Sinnen-Sein

sich durch Wahllosigkeit und scheinbares Von-Sinnen-Sein aus: Der Amokläufer zieht seinen Kris, den Dolch, und sticht während seines Amoklaufes wahllos Menschen oder Tiere nieder, die sich in seiner Nähe aufhalten.

In einer eher von Ethnologen vertretenen Interpretation wird der Amoklauf keinesfalls wahllos oder in einem Zustand geistiger Umnachtung verübt, sondern ist viel mehr ein kulturell akzeptierter rationaler Verteidigungsakt. Um die eigene Familie oder Gesellschaft zu schützen, war es möglich, und sogar besonders verdienstvoll, nach einer rituellen Reinigung und mit dem Segen eines geistigen Oberhaupts, einen rituellen Selbstmord vorzunehmen. Dieser zeichnete sich durch das Ziel aus, vor dem eigenen Tod im Kampf, noch möglichst viele Feinde ins Jenseits zu schicken. Schon hier wird also deutlich, dass es keinesfalls eine eindeutige Definition des Begriffes Amok gibt.

Nach einer Analyse von A. Schmidtke, in der im Zeitraum von 1993-2001 nationale und internationale Zeitungen nach Berichten über Amok-Ereignisse untersucht wurden, konnte folgendes festgestellt werden: Es

wurden insgesamt 143 Amok-Ereignisse registriert, die von 144 Männern und einer Frau begangen wurden. Die Zahl der Opfer variierte von keinem Toten (nur Verletzte) bis zu 32 Toten.

Die überwiegende Mehrzahl der Täter waren jüngere Männer, die meisten werden als sozial isoliert bzw. Einzelgänger beschrieben. Ihre berufliche Tätigkeit streut sich von Schülern, durch alle Berufe, wobei ein hoher Prozentsatz aus sogenannten „waffentragenden“ Berufen wie Polizei und Soldaten stammte. Die Beweggründe setzten sich zu 10% aus politischen Motiven, in 22% sind es persönliche oder familiäre Probleme und in der Mehrzahl, nämlich in 61% ist Rache der Beweggrund. Bei 7% der Täter ließ sich eine seelische Erkrankung feststellen. Dies gilt jedoch nicht als Motiv, sondern als Ursache.

Viele Feinde ins Jenseits schicken

Überraschend ist, wie schon erwähnt, der hohe Anteil von „waffentragenden“ Personen und Personen mit besonderem Bezug zu Waffen („Waffennarren“). Die Faszination von Waffen und der schnelle Zugriff zu Waffen erhöht die Wahrscheinlichkeit von Suiziden und Amoktaten.

Ein Aspekt der Untersuchung ist die Imitationsgefahr. Die Handlungen erreichen durch die Medien einen starken Bekanntheitsgrad,

so dass die Gefahr des Imitationsverhaltens besteht. Deutlich mehr Taten werden in einem relativ kurzen Zeitraum nach der ersten Berichterstattung über eine Amoktat begangen. Es zeigt sich, dass die Darstellung von aufsehenerregenden Selbsttötungen gerade bei jungen

Menschen zu einer Erhöhung von Suiziden beitragen kann. Fernsehen und Internet spielen hierbei gerade bei Kindern und Jugendlichen eine große Rolle.

Amok ist also ein Phänomen, das die Geschichte der Menschheit begleitet und keinesfalls nur in bestimmten Regionen auftritt. Und es ist ein überaus seltenes Phänomen. Dennoch ist es vielleicht wichtig, einiges darüber zu wissen und gezielt aufzuklären statt einen Medienhype zu veranstalten. Die Ereignisse in Erfurt und Emsdetten zeigen, dass ein „Amok“ auch hier in Deutschland nicht mehr ausgeschlossen werden kann.

cb



Die *feine* Art des Saufens



„Also blieb ich im Bett und trank. Wenn man trinkt, ist die Welt immer noch da draußen, aber für einen Moment hat sie dich nicht mehr an der Gurgel.“
Charles Bukowski

**Für Säufer
und solche,
die es werden wollen**

Ein Handbuch für den modernen Trinker soll das jüngst im Tropen-Verlag erschienene Buch „Die feine Art des Saufens“ sein. Ganz nach dem Motto „Kein Alkohol ist auch keine Lösung“ stellt sich der Autor Frank Kelly Rich der politisch korrekten, zur Abstinenz neigenden Gesellschaft entgegen und schleudert zum Auftakt mit 77 Säufferregeln und 33 Benimmregeln für Betrunkene um sich. Zu trinken sei keine Schande, solange man dies mit vollem Körpereinsatz und unter Lebensgefahr tue. Statt elendig in der Gosse oder womöglich bei den Anonymen Alkoholikern zu landen, solle man lieber am positiven Mythos des Säufers arbeiten. Und dafür müsse man sich auf die Strasse des Exzesses begeben. Man müsse den Widerstand der stolzesten Flaschen brechen, die eigenen inneren Landschaften per Rausch zum Blühen bringen, das eigene Filmrissfestival zelebrieren. Und ins Zentrum der Besinnungslosigkeit vordringen. Dafür gibt Frank Kelly Rich konkrete Hilfestellung.

**Den Widerstand
der stolzesten
Flaschen
brechen**

So besagt Regel 49: „Mit jedem Drink wächst die Wahrscheinlichkeit in eine Schlägerei zu geraten um fünf Prozent. Und die Wahrscheinlichkeit zu verlieren um drei Prozent“. Das ist höhere Wissenschaft. Definitiv hilfreich. Genauso wie Regel 22: „Schauen Sie nach dem sechsten Drink nicht in den Spiegel, es würde Ihr Selbstbewusstsein erschüttern.“ Gut zu wissen. Aber vor allem: „Lernen Sie Ihren Kater schätzen. Wenn danach alles eitel Sonnenschein wäre, könnte jedes Weichei saufen.“ Sich daneben zu benehmen sei kein Problem, das Entscheidende sei, gut dabei auszusehen, findet Rich und scheut sich nicht, sein angesammeltes Wissen zuhauf an

**Lernen Sie
Ihren Kater
schätzen**



den Leser weiterzugeben. Sogar in der Wahl des Berufes steht er jedem Trinker und denen, die es werden wollen, hilfreich zur Seite. Zusätzlich gibt es Medaillen für rückhaltloses Trinken zu vergeben: Die höchste Auszeichnung ist der Bukowski-Stern, frei nach dem Motto „Alkohol über alles“, denn nur die Kraft des positiven Trinkens kann die Flamme alkoholisierten Erleuchtung entfachen und somit ins Nirvana führen.

Aber nicht nur Poetik, Esoterik und knallharte wissenschaftliche Fakten sind in dem Buch zu finden, auch auf die Geschichte des Alkohols wird eingehend zurückgeblüht. Vom Neandertaler, der feststellt, dass das Auslutschen fauler Früchte Vergnügen bereiten kann über Jesus, der Wasser in Wein verwandelt, bis hin zu Picassos Hackedichter Periode; wichtige Meilensteine in der Geschichte der Menschheit und ihres treuesten Begleiters werden akribisch aufgeführt. Ein abruptes Ende findet dieser geschichtliche Exkurs 2003, als die USA, angeführt von ei-

nem trockenen Alkoholiker, den Irak überfallen.

„Die feine Art des Saufens“ transportiert den pubertären MAD-Humor alter Tage, auch die Zeichnungen und Abbildungen aus den 50er Jahren mit verfremdeten Dialogen, hat sich dieser Art von Witz verschrieben. Monthly Python könnte ebenfalls Pate für dieses Buch gestanden haben.

Letztendlich sei diese Lektüre als Empfehlung an all diejenigen gedacht, die auf der Suche sind. Auf der Suche nach sich selbst, nach Erleuchtung, nach der Leichtigkeit des Seins, nach einer Party oder auch nur nach einer Tresenbekanntschaft. Einige könnten nach dieser Lektüre in jeder Flasche Alkohol ein angeschossenes Reh sehen, das in der

**Die Flamme
alkoholisierten
Erleuchtung**

Nacht einsam verblutet. Das einzig Anständige wäre für diese Menschen demnach, die Sache zu Ende zu bringen, es zu töten, es eben alle zu machen; das blutende Reh, die einsame Flasche. Zum Wohlsein sodann.

cc

„Die feine Art des Saufens“ von Frank Kelly Rich ist erschienen im Tropen Verlag, Berlin. 202 Seiten mit zahlreichen Illustrationen, 14,80 Euro



SPERRE vor dem AUS



Wo bleibt die neue SPERRE? Diese Fragen mussten wir in den letzten Wochen öfter als uns lieb war beantworten. Natürlich freut man sich, wenn man so vermisst wird. Aber der Grund des Nichterscheinens ist handfest und er geht an die Existenz der SPERRE: Kein Geld mehr für die Druckkosten von der Stadt Münster. Kein Geld, keine SPERRE.

Nach zwanzig Jahren das Aus für eine Zeitung, die so begann?:

Arbeitslose brauchen Öffentlichkeit, so hieß das Credo der Gründer der SPERRE. Und zwar eine Öffentlichkeit, die nicht in erster Linie über Arbeitslose redet, sondern mit ihnen redet. Denn

**Kein Geld,
keine SPERRE**

das war vor zwanzig Jahren nicht anders als heute: Wenn in den bekannten Medien von Arbeitslosen die Rede ist, dann in erster Linie als Drückeberger oder Sozialschmarotzer. Nein, dieses Spiel wollten die Gründer der SPERRE nicht mitspielen. Ihnen ging es darum, der Öffentlichkeit ein realistisches Bild der Arbeitslosen zu zeigen. Arbeitslose als normale Menschen, denen nur etwas Entscheidendes fehlte; nämlich die Arbeit und die damit verbundene gesellschaftliche Aner-

kennung. Und – es sollte eine Zeitung sein von Arbeitslosen für Arbeitslose. Gleich zu Beginn hatte sich eine größere Gruppe von Arbeitslosen mit diesen Idealen identifiziert und infiziert. Zunächst in den Räumlichkeiten des AWO-Arbeitslosenzentrums am Sentmaringer Weg, und bereits zwei Jahre später in den eigenen Räumen an der Achtermannstraße brachten sie die Zeitung auf den Weg. Startschuss der SPERRE war der 15. Februar 1986. Zu jener „Vor-Desktop-Zeit“, waren die wichtigsten Utensilien für die Gestaltung der Zeitung noch Lineal, Schere und „Fix-o-gum“.

Das Erscheinungsbild mauserte sich aber mit der Zeit. Aus durchgängig schwarz-weiß und Rollendruck wurde später Offset-Druck bis hin zur heutigen farbigen Hochglanztitelseite.

Aber nicht das Erscheinungsbild war über die Jahre maßgebend, sondern der Inhalt: Informationen von und für Arbeitslose eben. So gab es von Beginn an die Rubrik aktuelle Urteile und Tipps für Arbeitslose (läuft heute unter dem Titel „Zum Leben zu wenig“). Ebenfalls von Anfang an gab es regel-

Für Münsters Arbeitslosenzentrum ist die Zukunft ungewisser denn je. In diesem Jahr werden die Zuschüsse der Stadt zu den Druckkosten halbiert und im nächsten Jahr sollen sie ganz gestrichen werden. Ist nach über zwanzig Jahren eine Arbeitslosenzentrum für Münster Geschichte?

mäßige Berichte zu politischen Entwicklungen, die für Arbeitslose Relevanz hatten. Außerdem natürlich Interviews und Hintergrundberichte zu aktuellen Schwerpunktthemen im Themenkreis von Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Integration. Kommunale Initiativen, wie der „vorläufige Münster-Pass“, wurden durch die SPERRE erst richtig angeschoben. Es gab und gibt eben vieles, was eine gute Zeitung ausmachen sollte. Später wurde das Konzept der SPERRE um den wichtigen Kulturbereich erweitert. Denn schließlich isst der Geist mit.

Aus heutiger Sicht war das Konzept lange Jahre sehr erfolgreich. Viele Mitarbeiter fanden ihren Weg zur SPERRE. Und für viele war die Arbeit in der SPERRE eine wichtige Zwischenstation, ein Wendepunkt im Leben, ein Sprungbrett. Stellvertretend für die Vielen hier ein paar Namen: Liane Sommer, Roswitha Schroll, Anne Hentrei, Michael Großhauser, Susanne Beck, Uwe Wiedenstriet, Dirk Nothnagel, Michael Weist, Heiner König ...

Wie gesagt, nur ein kleiner, völlig unvollständiger Ausschnitt. Die Mitarbeiter wechselten, aber die Art und Weise wie Arbeitslosigkeit in den Medien diskutiert wird, hat

**Freier
Journalismus
geht anders**

sich in zwanzig Jahren nicht geändert. Viele Artikel aus der Anfangszeit der SPERRE könnten auch heute noch genau so erscheinen. Heute wie damals werden Arbeitslose in den Medien als potenziell kriminelle Drückeberger dargestellt, die dem Staat auf der Tasche liegen.

Ob „Sabine Christiansen“, „Berlin Mitte“ und die „ZDF-Reporter“, oder die unsäglichen Freak-Shows der Privaten: In der Regel sind es die Arbeitslosen, die in solchen Sendungen am Pranger stehen. Jüngstes Beispiel: Frank Plasberg mit seiner Sendung „Hart aber Fair“. Da gehen nach ein paar Jahren – wie aktuell – die Arbeitslosenzahlen ein wenig zurück. Und schon fragt Plasberg: „Wer ist denn jetzt noch arbeitslos?“

Ich stehe nicht allein

Wobei er mal eben ausblendet, dass 700.000 Menschen in 1-Euro-Jobs und anderen Maßnahmen stecken und nicht mehr als arbeitslos gezählt werden, obwohl sie es faktisch noch sind. Wobei er gar nicht darauf eingeht, dass viele Arbeitslose einfach nur verschwunden sind. Sprich: Es gibt einen deutlich größeren Abgang an Arbeitslosen als es tatsächlich neue Stellen gibt. Was mit diesen

Menschen passiert ist, das wäre mal interessant. Fairer Journalismus jedenfalls geht anders.

Was sich im Laufe der Jahre auch nicht verändert hat, das ist der Umgang der Politik mit den Arbeitslosen. Aus Kohls „Freizeitpark Deutschland“ wurde Schröders „Kein Recht auf Faulheit“. Und sein „Fördern und Fordern“. Dabei wird die Situation der Arbeitslosen immer dramatischer. Mit 50 Jahren arbeitslos zu werden mit der Gewissheit keine neue Stelle mehr zu bekommen und dann nach einem Jahr in Hartz IV abzustürzen, das ist ein wahr gewordener Albtraum. Die wenig verlockende Aussicht auf Ausgrenzung und Altersarmut tut da ihr übriges. Mütteferings Rente mit 67 wirkt da wie ein festgeschriebenes Denkverbot. Denn Arbeit ab 50 hat er nicht.

Über all diese Themen hat die SPERRE in den letzten zwanzig Jahren wacker berichtet. Oft auch als einziges Medium in der Stadt. Wir wissen aus zahlreichen Rückmeldungen, dass wir unsere Leser erreicht haben im Arbeitsamt, im Sozialamt, an vielen anderen öffentlichen Plätzen. Und dass wir mit praktischen Ratschlägen (aktuelle Urteile, Hinweise auf neue Fördermöglichkeiten etc.)

vielen Arbeitslosen das Gefühl gegeben haben: Ich stehe nicht allein. Wir wissen auch, dass die Zeitung über diesen Kreis hinaus für Verständnis, Kontroversen und Diskussionen gesorgt hat und das ist gut so. Die Kürzung (2007) bzw. Streichung (2008) der Druckkosten, wie sie von der Stadt be-

Wenn die Hoffnung stirbt, bleibt der Mut

geschlossen wurden, bedeuten für die SPERRE das endgültige Aus. Andere Möglichkeiten sind kaum denkbar. Die SPERRE ist nun mal kein Veranstaltungskalender oder ein Straßenmagazin; Formate die sich ganz anders finanzieren lassen. Und eine Arbeitslosenzeitung ist für Anzeigenkunden kaum interessant.

Aber – und das steckt irgendwie drin in einer Arbeitslosenzeitung – wir werden darum kämpfen, weiter erscheinen zu können. Wenn die Hoffnung stirbt, bleibt der Mut.

noa



Möbel, Trödel und andere Schätze
finden Sie nicht auf der Straße,
sondern bei uns:

Möbel-Trödel Bonhweg 68a 48147 Münster Tel.: 0251-6208810	Möbelrampe Dieckstraße 73-75 48145 Münster Tel.: 0251-2301155
---	---

Projekt des **CHANCE** e.V.
www.chance-muenster.de
info@chance-muenster.de

Und wenn Sie einen Haushalt auflösen wollen,
sind wir auch für Sie da!

MALTA

MÜNSTERS ARBEITSLOSENTREFF ACHTERMANNSTRASSE
Achtermannstrasse 10 • 48 153 Münster
Fon: 02 51 - 41 40 553
www..muenster.org/wehren
e-mail: malta@muenster.org

Montag	10.00-13.00	Bewerbungen schreiben, Stellensuche
	13.00-14.00 16.00	Teamsitzung Musikgruppe
Dienstag	10.00	Bewerbungen schreiben Stellen suchen
	16.00	Ideenbörse
Mittwoch	10.00-14.00	Der Pflanzendoktor
	14.00-16.00	Offener Treff
	16.00-17.30 17.30	Stimmbildung Chor
Donnerstag	10.00-12.00	Frühstück für Frauen
	12.00-14.00	Allgemeine Beratung
	14.00-16.00	Offener Treff,
Freitag	10.30-13.00	Offenes Frühstück,
	10.30-13.00	Arbeitslosenfrühstück
	13.00-16.00	Offener Treff

Wo die Meinung keine Freiheit hat

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen schreibt in ihrem Artikel

19: "Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen, Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten."

In Deutschland ist die Pressefreiheit in Artikel 5 Abs. 1 des Grundgesetzes verankert. Pressefreiheit gilt als Basis einer demokratischen Gesellschaft. Allerdings geben Verletzungen dieser Freiheit immer wieder Anlass zu neuen Berichterstattungen. Als Anna Politkowskaja am 7. Oktober 2006 ermordet wurde, ging ein Aufschrei durch die Presse. Die Journalistin hatte durch ihre Berichte über den Machtmissbrauch von Putins Behörden und seinem „dreckigen Krieg“ in Tschetschenien auf die korrupten und undemokratischen Verhältnisse in Russland aufmerksam gemacht. Obwohl sie für ihre Arbeit viele internationale Auszeichnungen erhielt, musste sie ihr Engagement und ihren Mut mit dem Leben bezahlen. Und: Sie ist nicht die Einzige. Seit Putins Amtsantritt 2000 sind 21 Journalistinnen und Journalisten in Russland ermordet worden. Keines der Verbrechen ist bis heute aufgeklärt worden.

Alljährlich am 3. Mai ist der internationale Tag der Pressefreiheit. Wie jedes Jahr veröffentlicht die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ anlässlich dieses Tages eine Liste mit den 37 größten Feinden der Pressefreiheit. „Reporter ohne Grenzen“ ist eine weltweit agierende Menschenrechtsorganisation, die sich für Presse- und Meinungsfreiheit einsetzt. Die Organisation mit Hauptsitz in Paris ist als Nichtregierungsorganisation anerkannt. Sie hat einen Beraterstatus beim Europarat, bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen sowie bei der UNESCO. Für ihr internationales Engagement erhielt sie bereits mehrere Auszeichnungen.

Auf der Liste der 37 größten Feinde finden sich zu den entsprechenden Ländern Namen von Staatspräsidenten, Ministern, Königen, Bossen von kriminellen Vereinigungen und andere, die eins gemeinsam haben: Gewaltsam Informationen und eine freie Berichterstattung zu unterdrücken, um ihre Macht zu erhalten. Denn wo Medien nicht über Unrecht, Machtmissbrauch oder Korruption berichten können, findet auch keine öffentliche Kontrolle statt. Zum Beispiel Iran: Nach seinem Wahlsieg am 3. August 2005 begann Präsident Ahmadinedschad umgehend das Kulturministerium, das für die Überwachung der Presse zuständig ist, von Reformkräften zu säubern. Neue Funktionäre wurden eingesetzt, die seit 1999 ihren eigenen Nachrichtendienst betrieben hatten. Dabei konnten sie völlig straffrei agieren und eigene Polizeikräfte unterhalten, die regelmäßig gegen unbequeme Intellektuelle vorgehen. Mehrere Minister der neuen Regierung haben schon 1998 aktiv bei einer Verfolgungskampagne mitgewirkt, in der iranische Journalistinnen und Journalisten verhaftet, gefoltert und getötet wurden.

Oder Chinas Präsident Hu Jintao: In China müssen sich Journalistinnen und Journalisten eine Berechtigung für ein Interview erteilen lassen. Dies wird meist verweigert, wenn es um Themen wie Bauernaufstände, Dammbauprojekte, Grubenunglücke oder andere kritische Themen geht. Ausländischen JournalistInnen wird die Arbeit an solchen Themen sehr erschwert; für chinesische Journalistinnen und Journalisten ist sie oft lebensgefährlich.

Jährlich kommen neue Namen und Länder auf der Liste hinzu. Für das Jahr 2006 berichtet „Reporter ohne Grenzen“ von 74 ermordeten Journalistinnen und Journalisten und 31 getöteten Medienassistentinnen und Medienassistenten. Mehr als die Hälfte von



Collage: sr

Anna Politkowskaja, ermordet am 7. Oktober 2006

ihnen sind im Irak ums Leben gekommen. Es wird auch auf die weltweite Zunahme der Überwachung im Internet hingewiesen. Und das nicht nur in totalitären Regimes, sondern auch in Demokratien. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 werden die Rechte von Internetbenutzern, Webseiten-Betreibern und Online-Journalistinnen und -Journalisten zunehmend eingeschränkt. Die Ursache darin sehen „Reporter ohne Grenzen“ nicht nur im Kampf gegen den Terrorismus: Viele Regimes kontrollieren das Internet, weil sie durch einen freien Informationsfluss ihr Nachrichtenmonopol gefährdet sehen. Eine demokratische Bewegung über das Internet, soll so unterbunden werden. Die Methoden, wie vorgegangen wird, sind unterschiedlich. Auf Kuba z.B. ist der Verkauf von Computern streng reglementiert. So spart das Regime kostspielige Überwachungssysteme. China und Vietnam dagegen entwickeln ausgefeilte Methoden, um kritische Informationen aus dem Netz zu filtern. Chinas Technologien sind diesbezüglich weltweit führend und in China ist auch das weltweit größte Gefängnis für so ge-

nannte „Cyber-Dissidenten“. 63 von ihnen sind derzeit inhaftiert, weil sie „subversive Inhalte“ im Internet verbreitet haben sollen. Die Regierungen in Saudi-Arabien, im Iran, Tunesien und Turkmenistan blockieren den Zugang zu vielen Internetseiten. Zum Beispiel zu unabhängigen Zeitschriften oder zu Seiten über Menschenrechte. Auch Demokratien schränken laut „Reportern ohne Grenzen“ die Freiheit im Internet zunehmend ein. Viele Maßnahmen werden oft nicht mit bestehenden Gesetzen abgeglichen. Die Pressefreiheit im Internet ist demnach in den meisten Demokratien schlechter gesetzlich geschützt als die Pressefreiheit in den herkömmlichen Medien.

So bietet sich der 3. Mai an, über die Bedeutung der Pressefreiheit nachzudenken. Denn Pressefreiheit ist die Voraussetzung, um Informationen für eine eigene Meinung zu erhalten. Und das ist, wie schon erwähnt, die Voraussetzung für Demokratie.

cb

weitere Infos:
www.reporter-ohne-grenzen.de

Tagung: Sorgenfrei ins Ungewisse?

Individuelle und politische Strategien gegen Prekarität weltweit
Wuppertal, 12. Mai 2007, 11-18 Uhr, 10/5
Euro Kostenbeitrag

Überall auf der Welt werden Menschen zu mehr Eigenverantwortung angehalten. Die daraus resultierende zunehmende Verunsicherung und Unsicherheit (Prekarisierung) sind die Folge neoliberalen Regierens. Die weltweite Verbreitung einer „aktivierenden Sozialpolitik“ reißt Löcher in bisher bestehende Sicherungsnetze der Menschen. Ziel des Workshops ist es, Antworten auf die Fragen zu finden,

- a) wie der Umgang mit Unsicherheit in einem Land des globalen Südens (Philippinen) sich von dem in Deutschland unterscheidet und
- b) ob Verunsicherung tatsächlich soziale Organisierung und?solidarische Aktionen ver- bzw. behindern.

Weitere Infos sind unter
prekaer.auf@wolke7.net zu erhalten oder dem
Tagungsprogramm unter:
asienhaus.de/public/Sorgenfrei.pdf
zu entnehmen.

Kinderarmut

**Kinder sind unsere
Zukunft. Wer was auf
sich hält in der deut-
schen Politik, redet von
der Förderung von
Kindern, Familien,
und Bildung.**



Viele Kinder – wenig Spielplatz / Foto: Mojgan

Dabei ist uns schon mehrfach präsentiert worden, dass viel Geschwätz dabei ist. Einerseits geht es darum, die Kinderverwaltung auszubauen, so dass die Eltern arbeiten können. Andererseits sollen die Kinder schneller durchkommen, damit sie selbst eher ans Arbeiten kommen.

Jüngst hat das Welt-Kinder-Hilfswerk Unicef wieder mal bestätigt: Deutschland ist ein wohlhabendes Land, aber die Lage unserer Kinder lässt deutlich zu wünschen übrig.

Unicef hat Kinderarmut in 21 Industrieländern untersucht. Dabei geht es nicht nur ums Geld, sondern auch um die anderen Bestimmungsgründe für das Wohlergehen, also Gesundheit, Bildung, Lebensrisiken oder Beziehungen zu Eltern und Gleichaltrigen. Dabei kommt Deutschland in keinem Untersuchungsbereich über einen Mittelwert hinaus.

Auch Münster ist in Sachen Kinderarmut keine Insel der Seligen. Am Weltkindertag wehten 8600 Fähnchen rund um die Aaseekugeln im Wind. Jedes Fähnchen stand für ein Kind, das von Hartz IV oder Sozialhilfe

lebt. 8600 von insgesamt etwa 36 000 Kindern bis 15 Jahre. D.h. fast jedes vierte Kind in Münster lebt in materieller Armut. Nicht mitgezählt die verschämten Kinder derjenigen, die für einen Niedriglohn arbeiten, aber auf Hartz IV verzichten. Welches Kind will schon in der Schule zugeben, dass die Eltern arm sind?

Das Erziehungsgeld wurde Anfang des Jahres auf Elterngeld umgestellt. Das bringt für die Hartz IV-Bezieher eine Kürzung um 50 %, während Besserverdienende besser ge-

So macht man Familien arm

stellt wurden. Jetzt plant die Ratsmehrheit vier Millionen

Euro Einsparung bei den Hartz IV-Unterstützungskosten. Wer künftig weniger Geld für die Miete bekomme, könne das, was fehlt beispielsweise aus dem Elterngeld nehmen, vermerkte die Leiterin der Hartz IV-Leistungsabteilung dazu. So macht man Familien arm.

Fortsetzung nächste Seite

Und die Bildung in Münster, sieht es da nicht gut aus? Nein! Zwar gehen 50 % der Kinder später aufs Gymnasium. Das heißt aber nichts. Denn die zweite Hälfte, die Hauptschüler und Realschüler sind oft als Looser, als Verlierer abgestempelt, schon Realschüler haben Probleme, eine Lehrstelle zu finden. Und ohne irgendwelche moralischen Probleme haben sich Landesregierung und CDU-FDP-Ratsmehrheit in der Stadt Münster von der Finanzierung von Schulbüchern für Kinder, die von Hartz IV leben, verabschiedet.

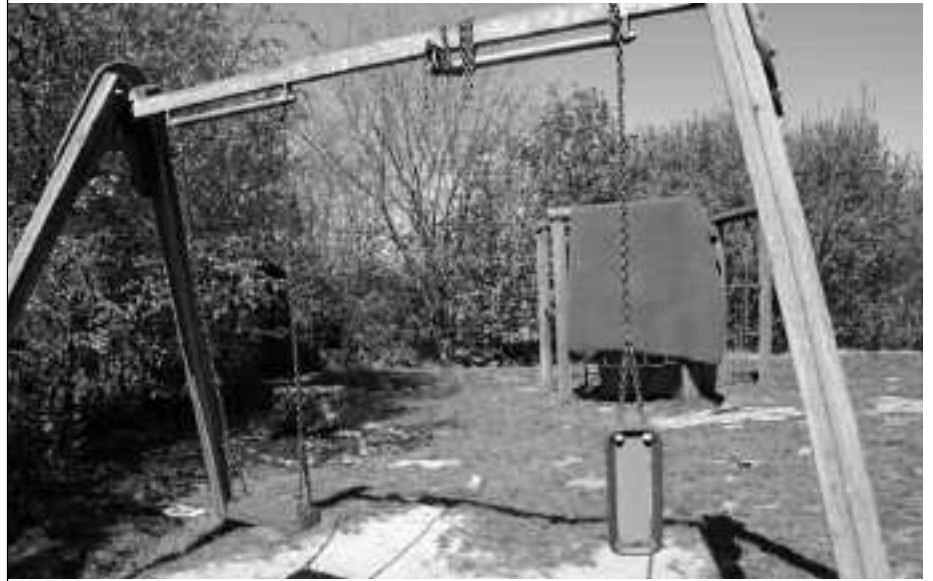
Schaut man sich die Ausstattungen der Schulen an, dann weiß man, was Sanierungsstau ist. In Münsters Schulen findet man klapprige Fenster mit Einfachverglasung und morschen Stellen im Holz. Schüler renovieren ihre Klassen selbst mit gespendeter Farbe. Verglichen mit der Ausstattung der Münster-Arkaden oder des frisch renovierten Regierungspräsidiums am Domplatz, macht das deutlich, wo hier Prioritäten gesetzt werden.

Masse statt Klasse

man klapprige Fenster mit Einfachverglasung und morschen Stellen im Holz. Schüler renovieren ihre Klassen selbst mit gespendeter Farbe. Verglichen mit der Ausstattung der Münster-Arkaden oder des frisch renovierten Regierungspräsidiums am Domplatz, macht das deutlich, wo hier Prioritäten gesetzt werden.



Die Gymnasien sollen das Abitur künftig nach der zwölften Klasse machen, nicht mehr nach der dreizehnten. Dafür wird kein Lehrstoff aussortiert, sondern der Unterricht in den Nachmittag ausgeweitet. Nun fehlt aber fast allen Schulen die Ausstattung für einen Ganztagsbetrieb, also die bessere soziale Betreuung sowie Räume und Ausrüstung für das Mittagessen. Alternativen sind sehr begrenzt. Gesamtschulen und andere Schu-



len mit organisiertem Ganztagsbetrieb können bei weitem nicht alle Anmeldungen annehmen. Eine weitere Gesamtschule wird in Münster aus ideologischen Gründen nicht zugelassen. Die Schülerinnen und Schüler können es ausbaden.

Kindergärten und Kitas sollen weiter ausgebaut werden, damit die Eltern besser arbeiten gehen können, so war eine Forderung der Hartz-Kommission. Genauso sieht das Ergebnis aus: Masse statt Klasse. Das Land NRW hatte vorher schon die Anzahl von Kindern pro Erzieherin erhöht, das spart Arbeitskräfte. Dann ging es an die Sachkosten. Die nächste Kürzung des Landes steht jetzt an. Da ist Qualität nicht zu halten. Freie Träger verabschieden sich aus der Kindergartenarbeit, gerade die kleinen Kitas, die in der Vergangenheit qualifizierte Ganztagsbetreuung entwickelt haben. Die Horte für die Nachmittagsbetreuung werden abgeschafft zugunsten der offenen Ganztagschule. Gern wird mit Aushilfen und 1-Euro-Jobbern gearbeitet, das ist billiger. Auf der anderen Seite sollen die Kindergärten verstärkt auf die Schule vorbereiten, damit die Kinder früher in die Schule kommen und mehr

Verwahrung statt Förderung

lernen in kürzerer Schulzeit. Verwahrung statt Förderung der Kinder ist das Ergebnis. Da ist Verwahrlosung nicht weit.

Eltern bleibt für die Beziehungen zu Kindern oft zu wenig Zeit. Flexibilität der Arbeitszeiten wird hierzulande nur verstanden als Verfügbarkeit der Arbeitskräfte rund um die Uhr. Wozu aber brauchen wir Öffnungszeiten der Geschäfte rund um die Uhr? Früher hieß es: „Samstag gehört Vati mir!“, heute soll Mutti auch schon mal sonntags bei

Karstadt hinter der Kasse stehen. Arbeitslose Eltern werden unter Druck gesetzt, stets verfügbar zu sein, die Betreuung der Kinder sollte zurückstehen hinter Terminen im Amt oder hinter einem Arbeitsangebot. Wenn das nicht klappt, dann wird ihnen schon mal gesagt, es wäre wohl ein Fehler gewesen, das Kind in die Welt zu setzen.

Kinderförderung bleibt solange ein Geschwätz, wie wir im Einzelnen nicht bereit dazu sind. Aber Kinderförderung kostet

Samstag gehört Vati mir!

Geld. Dann doch besser eine billigere Musikhalle. Andere Länder führen vor,

dass es besser geht als in Deutschland. Von den Kindern erwarten wir, dass sie später die Renten zahlen und uns versorgen. Aber wir sparen nur an ihnen. Da kann man nur hoffen, dass ihnen etwas anderes als Sparen einfällt, wenn wir alt sind und sie über die Altenpolitik bestimmen. avo



Fotos: Mojgan



Frauen und Mädchen

mit Behinderungen
und chronischen Erkrankungen
werden oft doppelt diskriminiert.

Im Interesse von Frauen und Mädchen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen ist das NETZWERK & NETZWERKBÜRO NRW mit Sitz in Münster seit elf Jahren aktiv. Vor einem halben Jahr fand der 1. Modelltag NRW unter dem Motto „WAS UNS BEWEGT“ • Selbsthilfe für Körper und Kopf • Info-Markt • Workshops • Vorträge • im Gesundheitshaus statt und über 200 BesucherInnen kamen.

Das NETZWERK & NETZWERKBÜRO setzt sich für die gesellschaftliche Gleichstellung und Teilhabe sowie die selbstbestimmte Lebensführung der Frauen ein und wirkt damit langfristig auf die Verbesserung ihrer Lebensqualität hin. So unterschiedlich eine jede ist, gemeinsam ist ihnen, dass sie in zentralen Lebensbereichen, vor allem im beruflichen Kontext, nicht nur in ihrer Rolle als Frauen benachteiligt, sondern gleichzeitig aufgrund ihrer Beeinträchtigungen abgewertet werden.

Wenn Sie solche Erfahrungen machen oder gemacht haben, können Sie sich vertrauensvoll an das NETZWERKBÜRO wenden. Denn deren Aufgaben sind

- zu informieren und zu beraten
- zu unterstützen und zu stärken
- zu benennen und zu veröffentlichen
- zu initiieren und zu entwickeln
- Verbindungen zu knüpfen und zu erhalten.

Und in diesem Zusammenhang sind jetzt SIE gefragt:

Das NETZWERKBÜRO bittet Sie um Hinweise zu HARTZ IV.

- Wie lebt es sich mit HARTZ IV?
- Was ist gut und was ist schlecht für Frauen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen?
- Welche Unterstützungen, welche Abweisungen haben Sie erlebt?

Bitte schreiben Sie Ihre Erfahrungen per mail: info@netzwerk-nrw.de oder an: NETZWERK & NETZWERKBÜRO NRW, Neubrückenstr. 12 – 14, 48143 Münster. Sie können auch gerne anrufen: 0251 / 519138 oder faxen: 0251 / 519051.

Anne Neugebauer



Frauenbilder: Geschichte(n) aus Münster Von der Täuferin zur Bäckermeisterin

Für diejenigen, die sich ein Bild über Frauen verschaffen wollen, die für die münstersche Stadtgeschichte von Bedeutung sind, ist dieses Buch sicherlich interessant.

In 50 Frauenporträts mit Bild und Kurzbeschreibung erfahren die Leserinnen zum Beispiel von Hille Feicken, die 1534 als überzeugte Täuferin das von bischöflichen Truppen umzingelte Münster verließ, um durch die Ermordung des Feldherren der Belagerung ein Ende zu bereiten. Auch bekannte Frauen aus Film und Theater sind in den Porträts aufgeführt. Wussten Sie z.B., dass Mechthild Großmann bekannt als Staatsanwältin Wilhelmine Klemm im Münster Tatort auch in Münster geboren ist?

Das und noch viel mehr hat eine Autorinnengruppe unter Organisation des Frauenbüros der Stadt Münster in diesem Buch zusammengetragen. Das Buch „Frauenbilder: Geschichte(n) aus Münster“ ist im Ardey-Verlag erschienen und ist zu einem Ladenpreis von 9,90 EUR im Buchhandel erhältlich.



AUFGEBLASENE INFORMATIONEN?
Nicht ohne dieses Siegel sind Kinder sich mit dieser
Broschüre unter www.schule-und-zeitung.de für die
Jugendprojekte der SZ.

Entdecker gesucht
Süddeutsche Zeitung

cb



Fotos: Mojgan



**Musizieren,
Amüsieren,
Solidarisieren**

Das tat gut!

draußen! und SPERRE
wurden aus dem Erlös der
MZ-Soli-Party mit großzügigen
Geldspenden bedacht.

Danke.



Fotos/Collage: Fiener/sr

Er ist's

**Aufschwung lässt sein blaues Band
wieder flattern durch die Lüfte;
süße, wohlbekannte Düfte
streifen ahnungsvoll das Land.
Spargel träumen schon,
wollen balde kommen.
Horch, von fern ein leiser Harfenton!
Aufschwung, ja Du bist's!
Dich hab ich vernommen!**

frei nach Eduard Mörike 1829

Sissi Perlinger **Singledämmerung** 20 jähriges Bühnenjubiläum

Nach intensiver Vorbereitungsarbeit geht Sissi Perlinger mit ihrem neuen Stück „Singledämmerung“ auf Heldinnentour. Als Priesterin der hohen Comedy führt sie ihr Publikum an den Abgrund und lässt es in komödiantische Tiefen blicken.

Eine an alte Mythen angelehnte Märchenstruktur ist der rote Faden des Programms.

Aber Sissis Alleingang ist bevölkert von modernen Fabelwesen aus der Gegenwart, die uns einen farbenprächtigen Spiegel vorhalten. Unsere kleine Heldin findet mit uns den Weg aus dem Hades, vorbei an den Sirenen durch die Verschachtelung des labyrinthischen Innenlebens hindurch: Wird sie den Drachen besiegen?

Das Publikum erfährt dabei auch noch alles über die großen Chancen, die hinter jeder Krise stecken. Das völlig Neuartige in der Geschichte der Sagen: Eine Frau wird zur selbstbestimmten Persönlichkeit. Die Heldin des Dritten Jahrtausends ist ein glücklicher Single.

Sissi Perlinger am 01.06.2007 in der Stadthalle Hiltrup
Karten über Münsterland Ticket
und an allen bekannten Vorverkaufsstellen



Malerei + 5 Lebenswege Gebrochene Künstlerkarrieren

*„Jeder malt die Bilder, die er verdient.
Deshalb: Den Kampf aufnehmen,
dem Material den Willen aufzwingen,
gewähren lassen,
dem Bild zu seinem Recht verhelfen.“*
Normann Seibold

Das Kunsthhaus Kannen zeigt bis zum 28.05.2007 die Ausstellung Malerei + 5 Lebenswege. Werke von vier Künstlern und einer Künstlerin stehen im Rampenlicht. Sie alle haben ihre künstlerische Laufbahn mit einem Kunststudium begonnen und sind anschließend psychisch erkrankt. Trotz anhaltender seelischer Beeinträchtigung – die Kreativität wächst und schrumpft mit der Krankheit – widmen sie sich später wieder ihrer Malerei. Farbige Landschaften, Porträts und figürliche Motive sind auf den stilistisch unterschiedlichen Bildern zu sehen. Normann Seibold, Franz-Josef Limper, Christine Scholz, Stephan Meishner und Markus Klepsch legen die Spuren ihrer Lebenswege aus, zeigen ihre geführten Auseinandersetzungen und entblößen ihre materialisierten Ängste und Hoffnungen in ihren bewegten Bildern.

Malerei + 5 Lebenswege noch bis zum 28.05. 2007
im Kunsthhaus Kannen, Münster

1. Mai 2007

Du hast mehr verdient!

Mehr Respekt.
Soziale Gerechtigkeit.
Gute Arbeit.

1. Mai in Münster

11.00 Uhr

Demonstrationszug
ab DGB-Haus, Zumsandstr. 35

12.00 Uhr

Kundgebung
im Rathausinnenhof

Begrüßung:

Peter Mai, DGB-Kreisverbandsvorsitzender Münster

Grußwort:

Wendela-Beate Vilhjalmsson, Bürgermeisterin der Stadt Münster

Redner:

Jochen Ender, Kreisgruppenvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, Münster

DGB

Redebeiträge:

Godwin Elges, Münster solidarisch
Anne Neugebauer, Malta Arbeitslosentreff

Musikalische Umrahmung • Erbsensuppe + Getränke



SPERRE online

Die SPERRE im Netz der Netze
www.muenster.org/sperre

aktuell
informativ
kulturell
satirisch

SPERRE
SPERRE
SPERRE
Archiv

www.muenster.org/sperre
Die SPERRE im Netz der Netze

STADT MÜNSTER

Presse und Informationsamt

Ganz Münster auf einen Klick Infos und Service im Stadtnetz publikom

www.muenster.de
Portal für Münster und das Münsterland

www.muenster.de/verkehr
Infos zu Fahrrad, Bus, Bahn und Auto

www.muenster.de/stadt
Rat, OB, Ämter, Vorlagen, Vordrucke online

www.muenster.de/medien
News aus der Stadt, Medien in Münster

www.muenster.de/stadt/sozialamt
Sozialhilfe, Hilfen bei Pflege und Behinderung

www.muenster.de/buergernetz
Gruppen, Vereine und Bürger im Netz

www.muenster.de/stadt/freizeit
Terminkalender, Tipps für Sport und Freizeit